

Außerordentlicher Landesparteitag am 17. Juli 2004 in Sindelfingen

B e s c h l u s s

Finanzpolitik

Eckpunkte der künftigen Haushaltspolitik für Baden-Württemberg

Auch das Land Baden-Württemberg, das im Vergleich der alten Bundesländer unverändert die nach Bayern zweitbesten Haushaltsdaten vorweisen kann, ist in der Gefahr, für die nächsten Jahre keinen verfassungskonformen Haushalt mehr aufstellen zu können. Einsparungen in einer Größenordnung von 1,2 Mrd. € für 2005 und 1,6 Mrd. € für 2006 sind zwingend erforderlich, um die von der Verfassung vorgegebenen Grenzen der Neuverschuldung einhalten zu können. Um das – von der FDP durchgesetzte – Ziel einer schrittweisen Absenkung der Neuverschuldung, wie es in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes verankert ist, einhalten zu können, sind Einsparungen in Höhe von etwa 1,6 Mrd. € für 2005 und 2,4 Mrd. € für 2006 erforderlich.

Hauptgrund dieser Entwicklung ist der dramatische Einbruch der Steuereinnahmen des Landes, der sich in den Jahren seit 2000 vollzogen hat. Die Steuereinnahmen der Jahre 2001-2003 lagen pro Jahr um mehr als 1 Mrd. € unter denen des Jahres 2000. Für 2004 und 2005 ist keine nennenswerte Veränderung zu erkennen. Die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre, vor allem verursacht durch die Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der rot/grünen Bundesregierung, hat tiefe Spuren im Landeshaushalt hinterlassen. Hinzu kommen absehbare Risiken, die insbesondere die dramatisch ansteigenden Pensions-verpflichtungen des Landes und mögliche Steigerungen des Zinsniveaus betreffen.

Die seitherigen Anstrengungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts reichen erkennbar nicht aus, die jährliche Nettoverschuldung des Landes zu bremsen und mit einer Politik Schluss zu machen, die dauerhaft über ihre Verhältnisse lebt und damit zu Lasten der Handlungsfähigkeit der nächsten Generation geht.

1. Die FDP fordert, dass der Staatshaushaltsplan des Landes 2005/2006 verfassungskonform gestaltet wird, wie es bei den Haushalten der Vergangenheit stets der Fall war. Die in Artikel 84 der Landesverfassung beschriebenen Kreditobergrenzen sind sowohl bei der Aufstellung wie auch im Vollzug des Haushalts strikt zu beachten.
2. Die FDP fordert ein Ende der Nettoneuverschuldung bis 2008. Auf dem Weg dahin muss es zu einer Verschärfung der Kreditobergrenzen gemäß Artikel 84 der Landesverfassung dahingehend kommen, dass
 - die Investitionsausgaben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs nicht in die Berechnung der Kreditobergrenzen einbezogen werden, und
 - der Betrag der Bruttoinvestitionen um die Summe der im Haushaltsjahr entstehenden Wertverluste (Abschreibungen) sowie um den Wert veräußerter Investitionsgüter zu reduzieren ist.

3. Die Anstrengungen des Landes zum Abbau von Subventionen sind zu forcieren. Der der regelmäßigen Berichterstattung über die Finanzhilfen des Landes zugrunde liegende Subventionsbegriff des Bundes ist wegen seiner Beschränkung auf eine direkte Beeinflussung des marktwirtschaftlichen Prozesses zu eng und als Beurteilungskriterium für Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung ungeeignet.

Sämtliche Leistungen des Landes sind daraufhin zu überprüfen,

- ob die dort erbrachten Leistungen nicht effizienter und kostengünstiger erbracht werden können – Stichwort: Effizienzreserven erschließen –,
 - ob die dort erbrachten Leistungen nicht effizienter, kostengünstiger und bürgernäher erbracht werden können, wenn sie – selbstverständlich mit einer angemessenen Finanzausstattung – nach unten delegiert werden – Stichwort: den Prinzipien der Subsidiarität und der Delegation nach unten folgen
 - Ob die den Kommunen für die Erfüllung ihrer Aufgaben gewährten Zuschüsse des Landes nicht pauschal in den kommunalen Finanzausgleich eingestellt werden können. – Stichwort: Unwirtschaftlichkeit vermeiden, kommunale Selbstverwaltung stärken.
 - ob etlichen Leistungen noch die Bedeutung zukommt, die man ihnen bei ihrer Einführung zugemessen hat, oder ob manche Leistungen nicht einfach auch entfallen können – Stichwort: Aufgabenkritik, Bürokratieabbau und mehr Mut zu Prioritäten und Posterioritäten. In diesem Zusammenhang wird von der Landesregierung verlangt, den nächsten Haushaltsentwurf ohne Ansatz von Mitteln für Meinungsumfragen zur Stimmung der Bevölkerung zu den politischen Parteien im Land zu erstellen.
 - und schließlich, ob etliche Leistungen nicht besser, effizienter und kostengünstiger auch privat erbracht werden können – Stichwort: Vorrang von privater vor öffentlicher Erbringung von Leistungen, wo immer dies sinnvoll möglich ist.
4. Der erfolgreiche Kurs der Privatisierung öffentlicher Beteiligungen an Unternehmen (Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), der Landesanteile an der Energieversorgung Baden-Württemberg (EnBW), der Gasversorgung Süddeutschland (GVS) sowie mehrerer kleineren Beteiligungen) ist fortzusetzen, z.B. mit der Badischen Staatsbrauerei Rothaus AG und der staatlichen Lotteriegesellschaft. Die FDP setzt sich dafür ein, die Erlöse – wo immer möglich – vorrangig zur Verringerung der Verschuldung des Landes und im übrigen zur Schaffung von Stiftungskapital einzusetzen.
5. Der Anteil der Personalkosten am Landeshaushalt darf nicht weiter steigen. Aufgrund der Vorbelastung durch künftige Pensionsverpflichtungen, für die keine Rückstellungen vorhanden sind, ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, um dieses Ziel erreichen zu können:
- Die beschlossenen Personalabbauprogramme müssen konsequent umgesetzt und durch einen zusätzlichen Stellenabbau im Tarifbereich ergänzt werden, der durch die Übertragung der 41-Stunden-Woche auf den Tarifbereich möglich wird.
 - Das reale Pensions- und Renteneintrittsalter muss über das bereits erreichte Maß hinaus dem gesetzlichen Pensions- und Renteneintrittsalter angenähert werden.

Leistungsfähigen muss ermöglicht werden, nach Vollendung des 65. Lebensjahres noch bis zu drei Jahren im Dienst zu bleiben.

- Die Auswirkungen der Rentenreform auf das mittel- und langfristige Rentenniveau sind wirkungsgleich auf den Bereich der Pensionen zu übertragen.
- Für die Pensionen neu einzustellender Beamter ist ab dem Jahr 2006 ein Pensionsfonds zu bilden.
- Neben den erforderlichen Veränderungen im BAT, der durch Spartentarifverträge abzulösen ist, bedarf es struktureller Veränderungen im Bereich der Eingangsbesoldung und der Stellenkegel insbesondere im höheren Dienst.

In Bezug auf Arbeitszeit und Sonderzahlungen ist die volle Übernahme der für den Beamtenbereich geltenden Regelungen auf den Tarifbereich erforderlich. Eine weitere Erhöhung der Arbeitszeit über die 41-Stunden-Woche hinaus oder eine weitere Absenkung der Sonderzahlungen strebt die FDP derzeit nicht an.

6. Der Konsolidierungszwang besteht für die Haushalte von Land und Kommunen gleichermaßen. Das in der Landesverfassung verankerte Konnexitätsprinzip (das Prinzip „Wer bestellt, zahlt“) schützt die Kommunen vor der Übertragung neuer Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich. Eine entsprechende Regelung im Grundgesetz ist dringlich.

Die Konsolidierungsmaßnahmen des Landes werden die Kommunen nicht gänzlich unberührt lassen können. Die Fairness im Umgang miteinander, die das Verhältnis von Land und Kommunen in den bisherigen acht Jahren der liberal-konservativen Koalition ausgezeichnet hat, muss auch weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Eine Sanierung des Landeshaushalts, die einseitig zu Lasten der Kommunen ginge, darf es nicht geben.

7. Im Haushaltsvollzug muss jetzt von der Entwicklung und Einführung der betriebswirtschaftlich orientierten „Neuen Steuerungsinstrumente (NSI)“ auch tatsächlich zur „neuen Steuerung“ übergegangen werden. Innerhalb der Einzelpläne der Ministerien sind sinnvoll abgegrenzte Budgets zu bilden, innerhalb derer Personal- und Sachausgaben (ohne Investitionen) gegenseitig deckungsfähig sind; bei Personalausgaben aufgrund dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse dient der Stellenplan als Gesamtobergrenze. Nicht in die Budgets einzubeziehen sind Einnahmen und Ausgaben, die durch das Land nicht oder nur eingeschränkt steuerbar sind wie Leistungen nach bundesgesetzlichen Regelungen, Leistungen in die Finanzausgleichssysteme oder bestimmte Einnahmearten im Bereich der Finanzeinnahmen oder der Justiz.

Bei Komplementärfinanzierungen innerhalb von Programmen, die aus Mitteln des Bundes oder der Europäischen Union gespeist werden, muss gelten, dass zusätzliche Eigenmittel des Landes zur Inanspruchnahme von Mitteln des Bundes oder der EU grundsätzlich aus den vorhandenen Budgets bereitgestellt werden müssen; umgekehrt verbleiben bei einer Kürzung oder einem Ausstieg aus komplementär finanzierten Programmen die seitherigen Eigenmittel des Landes in den jeweiligen Budgets.

8. Die FDP fordert eine grundlegende Reform des Länderfinanzausgleiches mit einem niedrigen Ausgleichsniveau und geringen Grenzbelastungen sowie eine schrittweise Rückführung der

Bundesergänzungszuweisungen. Die jetzige Form der föderalen Finanzbeziehungen fördert nicht den Wettbewerb sondern behindert ihn. Mit dem jetzigen Länderfinanzausgleich werden Anreize gesetzt, an unwirtschaftlichen, kleinstaatlichen Verwaltungsstrukturen festzuhalten statt effiziente Verwaltungseinheiten zu schaffen. Die FDP fordert deshalb die Landesregierung auf, erneut vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen.

Bei der Reform des Föderalismus hin zu einem Wettbewerbsföderalismus, der die Transparenz der Entscheidungen wiederherstellt, ist auf eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Ebenen mit jeweils ausschließlicher Verantwortung für Gesetzgebung und Finanzierung zu achten. Politische Entscheidungskompetenz muss wieder mit politischer Verantwortlichkeit insbesondere gegenüber dem Bürger einhergehen.